

Das bisschen Haushalt.....eine offene Abrechnung

Ein Beitrag von Frau Dr. Susanne Hippeli

Immer konnte Zusmarshausen doch aus dem Vollen schöpfen mit satten Gewerbesteuereinnahmen und viel Geld für Investitionsmaßnahmen.

Diese Zeiten sind vorbei. Der Markt muss sparen und zwar gewaltig. Die Finanznot ist nur zu einem kleinen Teil Corona-bedingt. Die Gewerbesteuerausfälle im Jahr 2020 von ca. 4 Mio. € wurden vom Bund vollständig kompensiert. Diese staatliche Zuwendung ersparte dem Markt Zusmarshausen eine Kreditaufnahme von 4 Mio. €. So weit, so gut. Aber diese Situation zeigt deutlich, dass der Markt durch seine Haushaltspolitik kein Geld erwirtschaftet, um solche Finanzlöcher auch ohne Kreditaufnahme zu stopfen. Auch in 2021 wird mit einer deutlich geringeren Gewerbesteuereinnahme gerechnet. Es handelt sich nach Schätzungen der Kämmerin um ca. 2,5 Mio. € weniger. So wie es aussieht, muss diese Mindereinnahme über Kreditaufnahme finanziert werden, weil auch die Rücklagen des Marktes inzwischen zum größten Teil aufgebraucht sind.

Seit dem Amtsantritt von Bürgermeister Bernhard Uhl 2014, sind die Personalausgaben des Marktes Zusmarshausen von 2,7 Mio. € auf 4,8 Mio. € in 2020 angestiegen. Allein im Kindergartengartenbereich haben sich die Personalkosten in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt, von knapp 900.000 € auf 2,1 Mio. €. Geschuldet ist dies im Wesentlichen gesetzlichen Vorgaben, wie z.B. ein geänderter Personalschlüssel, der allerdings bei Finanzschwierigkeiten nicht bis ins Optimum ausgereizt werden muss. Die restlichen Personalausgaben sind um 1 Mio. € angestiegen und das, obwohl nach Aussage des 1. Bürgermeisters die Vollzeitstellen in der Verwaltung nicht zugenommen haben. Nur mit Tarifierhöhungen lässt sich diese zusätzliche 1 Mio. € nicht erklären. 2014 gab es in der Verwaltung 66 Mitarbeiter, in 2020 sind es laut Stellenplan 107! Das sind 41 Mitarbeiter mehr und das bei einem Anstieg der Bevölkerung von nicht einmal 270 Personen in 2020 im Vergleich zu 2014. Seit Jahren fordert Marktrat Harry Juraschek ein Personalentwicklungskonzept, das regelmäßig von CSU, Freien Wählern und vor allem dem 1. Bürgermeister als nicht notwendig abgelehnt wurde.

Auch bei den Sachkosten der Verwaltung gab es einen deutlichen Anstieg von 2014 bis 2020. Wurden in 2014 noch 3,2 Mio. € gebraucht, waren es in 2020 bereits 5,3 Mio. €, ein Anstieg von 2,1 Mio. €.

Alleine für Bücher und Zeitschriften werden von der Verwaltung über 30.000 € pro Jahr verschlungen. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie man sich hier öffentlicher Gelder bedient.

In 2014 wurden insgesamt 14,3 Mio. € durch die Verwaltung eingenommen. Ausgegeben wurden 10,6 Mio. €. Es entstand also ein Überschuss von 3,7 Mio. €. Dieses Geld steht quasi zur freien Verfügung und kann in Investitionsmaßnahmen investiert, in der Rücklage angespart oder eben in unvorhergesehene Finanzlöcher gestopft werden. Man spricht auch von der „freien Finanzspanne“, oder der „freien Spitze“. In 2020 haben wir eine andere Situation. Rechnet man die Corona-Kompensationszahlung des Bundes bei den Einnahmen mit ein, dann werden nach den Schätzungen der Kämmerin 16,7 Mio. € eingenommen, aber in etwa genauso viel ausgegeben. Es wird kein Überschuss erwirtschaftet. In 2021 muss sogar mit einem Defizit von 2,5 Mio. € gerechnet werden.

Angesichts dieser problematischen Entwicklung stellen sich zwei grundsätzliche Fragen:

1. Was muss unternommen werden, damit im Verwaltungshaushalt wieder Überschüsse erwirtschaftet werden?
2. Wie und in welchem Umfang können Investitionsmaßnahmen finanziert werden?

KLAUSUR ZUR PROBLEMATISCHEN HAUSHALTSSITUATION DES MARKTES

Eigens zur Beantwortung dieser Fragen hatte eine ein-tägige Klausur des Gemeinderates mit dem 1. Bürgermeister und mit allen Sachgebietsleitern der Verwaltung unter der Moderation von Frau Taubmann, einer ausgewiesenen Expertin in kommunalen Haushaltsfragen, stattgefunden. Die Quintessenzen der Klausur sind von Frau Taubmann schriftlich zusammengefasst und an jeden Klausurteilnehmer weitergeleitet worden. In ihrem Schreiben ist der Haushaltsplan 2020 und die Finanzplanung 2020-2023 des Marktes berücksichtigt.

Kurz zusammengefasst:

Bevor ein Investitionsprogramm aufgestellt wird, muss klar sein, wieviel Geld zur Verfügung steht! Die freie Finanzspanne gibt den finanziellen Rahmen vor, in dem sich geplante Investitionsmaßnahmen bewegen können. Reicht das Geld nicht, kann die Rücklage angezapft werden und/oder es muss ein Kredit aufgenommen werden, der natürlich zurückzahlen ist und durch Zins und Tilgung wiederum den Finanzspielraum belastet. Wird dauerhaft aus dem Verwaltungshaushalt kein Geld erwirtschaftet, dann können keine Rücklagen gebildet werden und jede Investitionsmaßnahme, die sich nicht zu 100% refinanziert, muss per Kreditaufnahme getätigt werden. Die Gemeinde wäre pleite und muss irgendwann Schulden durch Schulden begleichen – das ENDE jedes konsolidierten Kommunalhaushalts.

Damit ist Priorität Nummer 1: Der Verwaltungshaushalt muss gründlich analysiert werden. Wo gibt es Einsparmöglichkeiten, wo können mehr Einnahmen generiert werden?

Priorität Nummer 2: Wenn zu wenig Geld zur Verfügung steht, muss jede Investitionsmaßnahme hinterfragt werden. Pflichtaufgaben haben Vorrang vor freiwilligen Leistungen.

Pflichtaufgaben des Marktes sind z.B. die dringend erforderliche Erweiterung der Kläranlage oder die Sanierung des alten Kindergartens. Dann folgen Projekte, die sich weitgehend refinanzieren, wie die Erschließung von Bau- und Gewerbegebieten.

Unerlässlich ist die Sicherstellung der Finanzierbarkeit. Nachdem sich viele Investitionsmaßnahmen über Jahre erstrecken, sind die Kommunen per Gesetz verpflichtet, einen Finanzplan über 4 Jahre zu erstellen, aus dem hervorgeht, wie sich die Investitionsausgaben innerhalb von 4 Jahren darstellen und wie sie finanziert werden sollen/können. Sind Kreditaufnahmen notwendig, muss dargestellt werden, wie sich die Tilgungsverpflichtungen entwickeln werden. Nach dem vom Gemeinderat mit Mehrheit genehmigten (!) Haushaltsplan von 2020 errechnet sich für die geplanten Investitionen ein Finanzbedarf von 2020 - 2023 von 27 Mio. €! (Haushaltsplan 2020 S. 353) Stand heute ohne Unwägbarkeiten von Kostensteigerungen gerade im Bausektor. Nach dem Finanzplan 2020 müssen zur Finanzierung dieser Kosten 18 Mio. € über Kredit finanziert werden (Haushaltsplan 2020, S. 349). Der Rest refinanziert sich offensichtlich. Allein zur Tilgung dieser Kredite fallen in 2022 in Summe 778.000 € an und in 2023 insgesamt 1,5 Mio. €! (Haushaltsplan 2020 S. 351). Inzwischen sind diese

Zahlen etwas überholt, denn durch die Kompensationszahlung braucht es ca. 4 Mio. € weniger an Kredit. Aber auf der Grundlage der damaligen Zahlen wurde dieser gefährliche Haushaltsplan von den meisten Gemeinderäten abgesegnet. Dagegen war u.a. Marktrat Harry Juraschek, Fraktionsvorsitzender der BLZus, der in seiner Haushaltsrede eindringlich auf die prekäre Haushaltsituation einging.

Wie gefährlich eine solche Finanzplanung ist, zeigt auch ein Blick auf die erwarteten Überschüsse aus dem Verwaltungshaushalt. Im Finanzplan 2020 steht für 2021 ein Überschuss von 910.000 €. Inzwischen wissen wir, dass das nicht stimmt. Wir werden eher ein Defizit von 2,5 Mio. € haben. Für 2022 sind 600.000 € und für 2023 sind 441.000 € an Überschüssen angesetzt. Selbst wenn das so eintreffen sollte, reicht dieses Geld nicht einmal aus, um allein die Tilgungsraten für die Kreditaufnahme zu bezahlen.

Unter dem Eindruck dieser Zahlen muss jeder vernünftige Mensch zu dem Schluss kommen, dass Zusmarshausen vor dem finanziellen Kollaps steht, wenn dieser Finanzplan umgesetzt wird. Ein Gegensteuern ist dringend und unbedingt erforderlich! Und das sehen nicht nur wir so!

RÜGE DER KOMMUNALAUF SICHT

Denn dieses Jahr gab es eine dicke Rüge von der Kommunalaufsicht am Landratsamt. Darin heißt es wörtlich: „Die Pro-Kopf-Verschuldung der Marktgemeinde würde bei vollständiger Umsetzung der im Finanzplan dargestellten Investitionen nahezu das **3-fache (!)** des vergleichbaren Landesdurchschnitts erreichen. Hierbei ist der Schuldenanteil im Schulverband noch nicht berücksichtigt. Auch wenn ein Teil der Investitionen refinanzierbar sein wird, ist eine derartige Entwicklung aus unserer Sicht nicht vertretbar.“

Weiter heißt es in dem Schreiben, dass aufgrund der fehlenden oder unzureichenden Zuführungen von Geldern aus dem Verwaltungshaushalt ein, so wörtlich „energisches Gegensteuern seitens des Marktgemeinderates“ angesagt sei. „Dies bedeutet im Klartext auf der Ausgabenseite Einsparungen und Zurückfahren von freiwilligen Leistungen.“ Darüber hinaus wird der Gemeinderat gezwungen sein, Prioritäten bei geplanten Projekten zu setzen.

(Das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 15.10.2020 wurde in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 05.11.2020 von der Kämmerin vorgelesen (Auflage!) und kann als Bestandteil der Niederschrift vom interessierten Bürger eingesehen werden.)

VORBERATUNGEN DES INVESTITIONSPROGRAMMS FÜR 2021-2024

1. Nicht-öffentliche Sitzung am 9.12.2021

Am 9.12.2020 fand in nicht öffentlicher Sitzung eine Beratung zum Investitionsprogramm für die Jahre 2021-2024 statt. Die Fraktion der BLZus erwartete

1. eine Abschätzung des finanziellen Spielraums für Investitionen und deren Finanzierung, so wie es in der Klausur erarbeitet wurde.

2. eine Beratung darüber, welche Projekte mit den zur Verfügung stehenden Mitteln angegangen bzw. weiterverfolgt werden können.

Aber weit gefehlt.

In stundenlangem Prozedere wurde über Investitionsmaßnahmen ursprünglich im Umfang von ca. 8 Mio. € für 2021 geredet. Durch Streichungen, aber vor allem durch Verschiebungen von Maßnahmen in Folgejahre wurde dieser Betrag auf 6,9 Mio. € in 2021 „eingedampft“.

Wie das finanziert werden soll plus des zu erwartenden Defizits von 2,5 Mio. € im Verwaltungshaushalt, wurde nicht verraten.

Bis 2024 summieren sich die Kosten der geplanten Maßnahmen auf 20,7 Mio. €. Finanzierung aber Fehlanzeige!

Dazu kommen die Defizite aus dem Verwaltungshaushalt und die Tilgungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen. Wie soll das alles bezahlt werden? Hatte man denn nichts aus der Klausur gelernt, oder verstanden?

2. Ein offener Brief der BLZus an Verwaltung und Gemeinderat

Im Nachgang zu dieser nicht-öffentlichen Sitzung und in Kenntnis darüber, dass es am 17.12.2020 unter TOP 3 eine Beschlussfassung zum Investitionsprogramm 2021-2024 geben sollte, wurde von Marktrat Harry Juraschek unter Mitarbeit von Markträtin Susanne Hippeli ein offener Brief an den 1. Bürgermeister, an alle Gemeinderäte und an die Kämmerin verschickt. In diesem Brief wurde massiv auf die sich abzeichnende katastrophale Finanzsituation hingewiesen, und der 1. Bürgermeister wurde unmissverständlich in die Verantwortung genommen. Denn er ist derjenige, der dafür zu sorgen hat, dass „der Laden läuft“.

Die Probleme in Zusmarshausen sind noch viel komplexer als bisher dargestellt. Seit Jahren beschlossene Maßnahmen wie z.B. die behindertengerechte Ausgestaltung des Friedhofs (seit 2014) sind bis heute nicht umgesetzt. Dabei handelt es sich hier um ein ziemlich unkompliziertes „kleines“ Projekt“. Nicht nur die jahrelange Verzögerung ist ärgerlich, sondern auch die damit verbundene Kostensteigerung. Seit 2014 geht es um die Erweiterung des Gewerbegebiets Wollbach. In 2020 gibt es noch nicht einmal eine Erschließungsstraße. In 2017 wurden Planungen und Kosten für die dringend erforderliche Erweiterung der Kläranlage vorgestellt. Investitionskosten 1,8 Mio. €. In 2021 soll mit der Maßnahme begonnen werden. Auf welche Höhe sich dann die Kosten am Ende belaufen, werden wir sehen. Allein für Planungen in Zusammenhang mit dem Rothsee wurden in den letzten Jahren über 150.000 € ausgegeben. Umgesetzt wurde davon nichts. Durch unsinniges Planen und jahrelanges Verschleppen von Projekten mit dann anfallenden zum Teil horrenden Kostensteigerungen gerade im Bausektor wird jede Menge Geld „verbrannt“ und damit dem Markt Schaden zugefügt.

Interessant ist auch die Rechnungslegung des Haushaltsjahres 2019. Der Vermögenshaushalt, der im Wesentlichen die Investitionsmaßnahmen enthält, wurde mit Ausgaben von 7,3 Mio. € angesetzt. Tatsächlich gebraucht wurden aber nur 2,9 Mio. €. Im Rechenschaftsbericht der Kämmerin heißt es reihenweise: wurde nicht umgesetzt (insgesamt 21 Maßnahmen! wurden aufgelistet). An Geld hat es

in 2019 nicht gemangelt. Aber es ist halt schön, wenn in der Presse von Rekordhaushalten zu lesen ist. Was daraus wird, das fragt nachher niemand mehr.

In unserem offenen Brief wurde nicht nur gewarnt und kritisiert, sondern es gab auch konstruktive Vorschläge zu Maßnahmen insbesondere im Bereich der Verwaltung zur Kosteneinsparung.

Zunächst gab es keinerlei Reaktion auf unser Schreiben. Aber während der am 17.12.2020 anstehenden öffentlichen Sitzung schlug der 1. Bürgermeister verbal zurück, unqualifiziert und unterhalb der Gürtellinie - ein Wutausbruch über die an ihm geübte Kritik.

3. Öffentliche Sitzung am 17.12.2020

Unter Top 3 wurde das Investitionsprogramm 2021 bis 2024 mit den Änderungen aus der nicht-öffentlichen Sitzung vom 9.12.2020 vorgelesen und mit großer Mehrheit beschlossen - ohne Kenntnis des finanziellen Spielraums, ohne Kenntnis der Finanzierbarkeit. Unfassbar! Auf die direkte Frage von Gemeinderätin Susanne Hippeli an den 1. Bürgermeister, wie er das finanzieren will, kam die ziemlich pampige Antwort: „Der 1. Bürgermeister antwortet auf Fragen, wann es ihm passt.“ So ist das in Zusmarshausen. Eine konkrete Antwort ist er schuldig geblieben, weil er nicht wollte und nicht konnte.

Mit der Zustimmung zum Investitionsprogramm ist natürlich noch kein Haushaltsplan 2021 beschlossen, aber ein ganz wesentlicher Teil davon. Die meisten geplanten Maßnahmen sind sinnvoll und teilweise auch dringend notwendig, das steht gar nicht zur Debatte. Wir von der BLZus würden allen Maßnahmen mit Freude zustimmen, wenn uns endlich einmal jemand erklären würde, wie das zu finanzieren ist. Wir sind der Meinung, dass das Pferd von hinten aufgezäumt wird. Man beschließt Ausgaben für in stundenlanger Diskussion favorisierte Projekte und weiß nicht, ob man sie sich überhaupt leisten kann. Keine private Familie würde so wirtschaften.

Der Wutausbruch des 1. Bürgermeisters

Am Ende der öffentlichen Sitzung ließ der 1. Bürgermeister seinem Ärger freien Lauf. Von einem finanziellen Kollaps zu sprechen, sei völlig daneben. Seiner Verwaltung Ineffizienz vorzuwerfen ebenfalls. Die Verwaltungsmitarbeiter verlören deshalb an Motivation, weil der Gemeinderat keinerlei Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern zeige. Und dann redete er sich noch um Kopf und Kragen bei der Vorstellung der positiven Rücklagenentwicklung zu Beginn seiner Amtszeit, die gar nicht auf seinem Verdienst gewachsen war, der Bildung oder Auflösung von Haushaltsresten, der immer noch weit unter Landesdurchschnitt liegen Prokopf-Verschuldung (Bezug 2019!). Seine Ausführungen bewiesen einmal mehr, dass der 1. Bürgermeister nach 6,5 Jahren im Amt, von kommunaler Haushaltsführung so gut wie nichts versteht. Kein Wort zu den konkreten Feststellungen der Kommunalaufsicht. Ja, der Laden läuft – basta! Souveränität sieht anders aus.

Der pauschale Angriff des 1. Bürgermeisters auf den Gemeinderat ging nach hinten los. Denn in nachfolgenden Redebeiträgen der Fraktionsvorsitzenden der CSU, Frau Ingrid Hafner-Eichner und von Marktrat Johann Reitmeier (ebenfalls CSU), also Leuten aus seiner eigenen Fraktion, wurde der Vorwurf der Nichtwertschätzung der Verwaltung mit aller Klarheit zurückgewiesen. Im Gegenteil, die Mitglieder des Gemeinderats arbeiten alle ehrenamtlich und investieren dafür sehr viel Zeit. Die Arbeit der ehrenamtlichen Gemeinderäte sollte von der Verwaltung einschließlich 1. Bürgermeister

genauso wertgeschätzt werden, wie es andersherum gefordert wird. Und kein Gemeinderatsmitglied wertschätzt die Arbeit der Verwaltungsmitarbeiter nicht.

Hierzu ein paar Anmerkungen:

Die ehrenamtliche Arbeit der Gemeinderäte bezieht sich nicht nur auf die Anwesenheit bei Gemeinderats- und Ausschusssitzungen, nein, diese Sitzungen müssen mit einer Fülle an Unterlagen vorbereitet werden, die teilweise nicht einmal der hauptamtliche 1. Bürgermeister gelesen hat, es gibt Arbeitskreise, Sondersitzungen, Klausuren, Vorbesprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden, wichtige Ortstermine, z. B. am Rothsee, wo es um die Zukunft des Gewässers ging, Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes, der Unteren Naturschutzbehörde, des Landwirtschaftsamtes, des Amtes für Ländliche Entwicklung, die Ansprechpartner des Projektes bodenständig anwesend waren, nur nicht der hauptamtliche 1. Bürgermeister. Der 1. Bürgermeister ist nicht einmal in der Lage, bestimmte Mitglieder der BLZus-Fraktion zu grüßen. Man muss sich nicht lieben, aber das Grüßen gehört zu den Grundregeln des Anstands.

Nach allen Erfahrungen funktioniert die Zusammenarbeit der Gemeinderäte mit der Verwaltung sehr gut. Es herrscht teilweise ein freundschaftliches Verhältnis, das allerdings argwöhnisch vom 1. Bürgermeister beäugt wird, von einem Bürgermeister, der keinerlei Kritik verträgt, selbstgerecht agiert, lieber kontrolliert als vertraut und offensichtlich bis heute nicht verstanden hat, was seine wirklichen Aufgaben und Pflichten sind.

FAZIT

Der Markt Zusmarshausen steuert auf massive Finanzprobleme zu, die strukturelle Ursachen und nichts mit Corona zu tun haben und die uns über Jahre begleiten werden. In den Reden aller Gemeinderatsfraktionen zum Haushaltsplan 2020 wurde dies zum Ausdruck gebracht, mit der einhelligen Forderung, den Verwaltungshaushalt zu analysieren und in diesem Zusammenhang eine Haushaltsklausur abzuhalten. Diese fand statt mit dem Ergebnis, dass sich der Markt ernsthaft Gedanken machen muss, wie er seine Investitionsmaßnahmen in Zukunft finanzieren will, wenn im Verwaltungshaushalt kein Geld, sondern vielmehr Defizite erwirtschaftet werden.

Für den Haushalt 2021 wurde in Zusmarshausen nun aber bezüglich des Investitionsprogramms wie eh und je gehandelt, so als ob es nie eine Klausur, nie eine Rüge der Kommunalaufsicht und nie die Erkenntnisse aus den Haushaltsreden gegeben hätte. Wie man mit dem Verwaltungshaushalt umgeht, werden die kommenden Wochen zeigen. Ein Einsparpotenzial von mindestens 2,5 Mio € pro Jahr ist nach unserer Ansicht notwendig.

Wir von der BLZus sind keine Endlosverweigerer, immer gegen alles. Wir, und nicht nur wir, haben berechnete Sorge, dass der Markt finanziell an die Wand gefahren wird. Da hilft kein Schönreden und kein sich Wegducken. Es ist unsere Pflicht, dies zu beanstanden, um Schaden vom Markt abzuwenden. Genau das haben wir in unserer Vereidigung geschworen.